

# Arbeiter-Zeitung

Redaktion: Berlin, Friedrichstraße 101  
Verlag: Berlin, Friedrichstraße 101  
Telefon: 101 101

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Abonnementpreise:** Berlin 10, Dresden 12, ...  
**Einzelhefte:** Berlin 1, Dresden 1, ...

## Rot Front trotz alledem! Ein Aufruf des Bundesvorstandes des RFB. an die Arbeiterschaft

**Arbeiter! Klassengenossen!**  
Am 7. Mai verkündete der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski, daß für das Gebiet Preußens der Rote Frontkämpferbund verboten sei. Seit Kollege, der sozialdemokratische Reichsminister Severing wandte sich an alle Landesregierungen und fordert, den RFB. für das ganze Reich zu verbieten. Durch diese Maßnahme gegen den RFB., der einzigen Schutz- und Wehrorganisation des Proletariats, soll das langerehnte Ziel der deutschen Bourgeoisie durch ihre sozialdemokratischen Agenten verwirklicht werden.  
Was im Jahre 1928 dem Junker v. Reubell nicht gelang, das wollen jetzt die Regierungssozialisten durchführen. Der Schlag, gegen den RFB. geführt, wird ein Schlag in die Luft werden.  
Der RFB. kann weder durch einen Reubell, noch durch die Grzesinski-Severing verboten werden.  
Die Bewegung der roten Front wird allen Verboten zum Trotz weiterleben und weiterwachsen.  
Der sozialfaschistische Gewaltkreis gegen den RFB. ist ein Anschlag gegen das gesamte deutsche Proletariat.

den sie diesem Angriff mit dem Gegenangriff begegnen. Der RFB. wird im Zentrum dieses Angriffs stehen.  
Unter Führung der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten vollzieht sich der Aufmarsch der faschistischen Mächte. Stahlhelm, Reichsbanner und Hiltorgarden werden in einer Phalanx gesammelt gegen die Arbeiter und ihre Wehrorganisation, den RFB. Die weiße Front ist gegen die rote Front zum Sturm angetreten, der weiße Terror will sein Haupt erheben. Das wird die deutsche Arbeiterschaft nicht dulden. Wie ein Mann wird sie sich in der roten Front zusammenscharen und die revolutionäre Verteidigung der Arbeiterklasse organisieren. Auf allen Straßen und auf allen Dörfern wird der Sammelruf der Kämpfe der roten Front erschallen:

**Es lebe der Rote Frontkämpferbund!**  
**Es lebe der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion!**  
**Es lebe der Kampf gegen den Faschismus und seine sozialdemokratischen Wegbereiter!**  
**Nieder mit dem Polizeiterror und dem Ausnahmezustand!**  
**Heraus aus der sozialdemokratischen Mörderpartei!**  
**Heraus aus dem sozialfaschistischen Reichsbanner!**  
**Einigen in die rote Klassenfront des revolutionären Proletariats!**  
**Die rote Front gegen die weiße Front!**  
**Das ist die Parole!**

Er kommt nicht überraschend, wie nicht überrascht hat das Blutbad, das unter den Berliner Arbeitern der Sozialdemokratie Jürgenbeck zu der vierzigsten Wiederverkehr des 1. Mai anrichtete. Die deutsche Sozialdemokratie und die ganze reformistische Bürokratie ist im wilden Hektik gegen den Vormarsch, den das Klassenbewußte Proletariat angetreten hat. Jedes Mittel ist diesen Renegaten an der Arbeiterbewegung recht, um die Stimme der revolutionären Arbeiterschaft zu unterdrücken und ihre Organisationen zu zerstören. Von jeher war das so, daß die Renegaten die schlimmsten Feinde sind.  
Im Dienste der Bourgeoisie unterstützt der Reformismus die imperialistische Abenteuerpolitik, baut er Panzerkreuzer, marschiert er an der Spitze der Kriegshelden. In ihrem Dienste organisiert er den Streikbruch in jedem Wirtschaftskampf, organisiert er den Steuerraub in die Taschen der Werktätigen, baut er den Sozialetat ab und liefert das Volk pfäffischer Verbannung aus. Im Dienste der Bourgeoisie spaltet er die proletarischen Massenorganisationen, schlägt er die besten Kämpfer aus den Gewerkschaften aus, führt er seine Gewaltkreise gegen den RFB. und organisiert den Arbeitermord in den Straßen.  
Die Lage der Bourgeoisie und des kapitalistischen Staates wird immer schwieriger. Ein wilder Konkurrenzkampf zwischen den Mächten ist auf dem Weltmarkte entbrannt. Die kapitalistische Klasse kann ihre Arbeiter nicht mehr ernähren. Millionen Arbeiter sind arbeitslos. Eine Kapitaloffensive folgt auf die andere. Der Krieg tritt wieder als die ultima ratio auf die Tagesordnung. Zuerst soll aber der Versuch gemacht werden, durch die gemeinsame kapitalistische Front die Sowjetunion, das Vaterland der Arbeiter, niederzuwerfen. So wollen sich die Kapitalisten eine Galgenfrist für ihre dem Untergang geweihten Gesellschaftssysteme schaffen. Die Sozialdemokratie ist geschlossen in die Front der Verteidiger des kapitalistischen Vaterlandes und der Herrschaft der Ausbeuterklasse eingetreten. Diesem Ziele widmet sie ihre ganze Kraft.

## Sächsische Landtagswahlen

**Kommunistische Stimmziffern gegenüber Waiwahlen 1928 teilweise überschritten  
Starke Gewinne der Faschisten — Vernichtende Niederlage der Brandleristen**

**Breslau, 13. Mai.**  
Gestern fanden in Sachsen die Landtagswahlen statt. Wie aus den nachstehend veröffentlichten Einzelergebnisse hervorgeht, haben infolge geringerer Wahlbeteiligung fast alle Parteien an Stimmen verloren. Sehr stark tritt der Stimmenverlust gegenüber den Waiwahlen bei der Sozialdemokratie in Erscheinung. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen 1928 hat sie dagegen an Stimmen zugenommen, wodurch sie zwei Mandate gewinnt. Die Kommunistische Partei hat, relativ betrachtet, ihre Positionen in den maßgebendsten Industriebezirken und in den Großstädten gegenüber Mai 1928 behauptet und in einer ganzen Reihe von Orten sogar die damals erzielten Stimmziffern noch überschritten. Die auffälligste Erscheinung bei den sächsischen Landtagswahlen ist die außerordentliche Zunahme nationalsozialistischer Stimmen in kleinen und kleinsten Orten. Dadurch gewinnt diese Partei zwei Mandate. Die Nationalsozialisten, die in der Regierung vertreten waren, haben von ihren vier Mandaten noch zwei verloren, die Deutschnationale Volkspartei verliert ein Mandat, die Demokraten verlieren von ihren vier Eigen, die sie insgesamt hatten, noch einen weiteren Sitz. Die Kommunistische Partei verliert zwei Mandate. Konnten die Brandleristen zwar kein Mandat erobern, so haben sie zweifellos durch ihre verbrecherische und spalterische Tätigkeit dazu beigetragen, daß die Kommunistische Partei zwei Mandate weniger erhält. In ihrem stärksten Bezirk Chemnitz erreichten die Brandleristen 9907 Stimmen, das sind 7 Prozent der kommunistischen Stimmen. In Leipzig, in der einstigen Hochburg Bäckers und Lieberichs bekamen sie 8000 Stimmen. Sie haben eine vernichtende Niederlage erlitten.  
Das Gesamtergebnis der sächsischen Wahlen zeigt, daß durch die verbrecherische Politik der SPD. die Massen der enttäuschten Kleinbürger wie im Jahre 1923/24 in die Arme der Faschisten getrieben werden. Wir kommen auf die Ergebnisse der sächsischen Landtagswahlen morgen noch ausführlich zurück.

**vom 20. Mai 1928:** SPD. 142 009 (153 978), Deutschnationale 26 774 (30 388), Deutsche Volkspartei 81 570 (87 567), Wirtschaftspartei 25 082 (18 974), RPD. 63 025 (70 688), Demokraten 19 728 (27 378), RPD. (Opposition) 4 497, Volksrechtspartei 17 781 (17 880), NSP. 4301, Nationalsozialisten 13 206 (9 462), Zentrum 3007 (3087), Sächsisches Landvolk 430 (1570). Abgegebenen Stimmen 402 810 (Reichstagswahl am 20. Mai 1928: 411 730).

### Wahlkreis I Dresden-Bautzen

**II. Dresden, 13. Mai.** Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis für den Wahlkreis I Dresden-Bautzen (die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, die zweite die Landtagwahl vom 31. Oktober 1928): SPD. 308 636 (400 502 — 289 308), Deutschnationale 91 524 (117 991 — 144 176), Deutsche Volkspartei 129 047 (112 150 — 102 141), Wirtschaftspartei 109 594 (80 624 — 97 722), RPD. 93 606 (105 877 — 83 623), Demokraten 54 488 (82 657 — 47 427), RPD. (Opposition) 4 625, Volksrechtspartei 11 328 (15 361 — 21 770), NSP. 20 601 (17 263 — 48 140), Nationalsozialisten 36 580 (18 245 — 7562), Zentrum 15 431 (13 984 — 15 661), Sächsisches Landvolk 65 414 (63 330).

**Stadt Döbeln**  
SPD. 4789 (5105), Deutschnationale 922 (1200), Deutsche Volkspartei 2281 (1823), Wirtschaftspartei 1906 (1548), RPD. 1451 (1683), Demokraten 564 (782), RPD. (Opposition) 113, Volksrechtspartei 328, NSP. 167, Nationalsozialisten 519, Zentrum 82 (76), Sächsisches Landvolk 106.

**Stadt Mittweida**  
SPD. 46 74 (4775), Deutschnationale 865 (1154), Deutsche Volkspartei 1246 (1481), Wirtschaftspartei 1252 (1039), RPD. 1156 (1133), Demokraten 321 (463), RPD. (Opposition) 62, Volksrechtspartei 380, NSP. 144, Nationalsozialisten 1115, Zentrum 135 (99), Sächsisches Landvolk 104.

**Stadt Werdau**  
SPD. 3198 (3782), Deutschnationale 1130 (1068), Deutsche Volkspartei 1817 (1825), Wirtschaftspartei 1613 (1554), RPD. 1641 (1693), Demokraten 294 (373), RPD. (Opposition) 88, Volksrechtspartei 310, NSP. 205, Nationalsozialisten 2012, Zentrum 112, Sächsisches Landvolk 44.

**Stadt Rochlitz**  
SPD. 1066 (1106), Deutschnationale 278 (372), Deutsche Volkspartei 397 (48), Wirtschaftspartei 571 (128), RPD. 186 (173), Demokraten 279 (307), RPD. (Opposition) 86, Volksrechtspartei 218 (355), NSP. 48 (149), Nationalsozialisten 287 (80), Zentrum 23, Sächsisches Landvolk 34.

**Stadt Zittau**  
II. Dresden, 12. Mai. Bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag ist für die Stadt Zittau folgendes amtliches Wahlergebnis zu verzeichnen (die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, die zweite die Landtagwahl vom 31. Oktober 1928): SPD. 5419 (8657 — 4116), Deutschnationale 1068 (1435 — 843), Deutsche Volkspartei 3196 (2831 — 2464), Wirtschaftspartei 2778 (2552 — 2626), RPD. 1168 (1134 — 863), Demokraten 2518 (2957 — 2109), RPD. (Opposition) 85, Volksrechtspartei 198 (430 — 789), NSP. 337 (215 — 915), Nationalsozialistische Partei 1393 (585 — 288), Zentrum 568 (485 — 467), Sächsisches Landvolk 80 (63).

**Stadt Wurzen**  
SPD. 4176 (4729), Deutschnationale 549 (599), Deutsche Volkspartei 1584 (1499), Wirtschaftspartei 1708 (1313), RPD. 1448 (1819), Demokraten 524 (697), RPD. (Opposition) 49, Volksrechtspartei 606, NSP. 85, Nationalsozialistische Partei 192, Zentrum 118, Sächsisches Landvolk 151.

### Leipzig Stadt

**II. Leipzig, 13. Mai.** Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis für den Wahlkreis II Leipzig (die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, die zweite die Landtagwahl vom 31. Oktober 1928): SPD. 258 028 (278 921 — 212 173), Deutschnationale 45 702 (49 792 — 87 029), Deutsche Volkspartei 115 596 (98 119 — 101 248), Wirtschaftspartei 69 473 (53 047 — 36 225), RPD. 111 093 (121 329 — 107 177), Demokraten 32 517 (45 231 — 33 231), RPD. (Opposition) 8067, Volksrechtspartei 28 473.

### Amtliches Ergebnis für Wahlkreis III Chemnitz-Zwickau

**II. Chemnitz, 13. Mai.** Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis für den Wahlkreis III Chemnitz-Zwickau (die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, die zweite die Landtagwahl vom 31. Oktober 1928): SPD. 295 453 (319 998 — 246 524), Deutschnationale 81 137 (86 705 — 109 949), Deutsche Volkspartei 118 778 (105 748 — 88 696), Wirtschaftspartei 125 336 (98 381 — 103 679), RPD. 141 118 (154 362 — 151 582), Demokraten 28 092 (39 163 — 30 809), RPD. (Opposition) 9902, Volksrechtspartei 30 291 (40 929 — 41 690), NSP. 11 260 (10 009 — 24 877), Nationalsozialistische Partei 71 471 (41 497 — 24 385), Zentrum 5614 (5124 — 4492), Sächsisches Landvolk 36 604 (39 724).

**II. Leipzig, 13. Mai.** Die Wahlen zum Sächsischen Landtag ergaben in Leipzig-Stadt folgendes amtliches vorläufiges Ergebnis (die Zahl in der Klammer bedeutet das Ergebnis der Reichstagswahl

Eine mächtige Linksbewegung hat die arbeitenden Massen erfasst. Von Monat zu Monat wächst ihr Widerstand gegen Fleiß, Ausbeutung und Unterdrückung. Ihre Bataillone formieren sich zum Gegenangriff. Die Bourgeoisie ist voller Furcht und Angst vor dem Wachsen der revolutionären Bewegung. In ihren Blättern schreibt sie, daß die rote Flut den sozialdemokratischen Damm hinwegspülen werde, wenn nicht sofort eingegriffen werde. Die disziplinierten Massenaufmärsche des RFB. zeigen der Bourgeoisie deutlich die ihr von der erwachenden Arbeiterklasse drohende Gefahr. Eine Auslösung des Krieges oder eines Ueberfalles auf die Sowjetunion ist schwer möglich, wenn der RFB. im Verein mit der kommunistischen Partei revolutionären Massen in der antimperialistischen Front sammelt. In der sich zuspizenden inner- und außenpolitischen Krise unternimmt die deutsche Bourgeoisie, um ihre Lage im Innern zu bessern, und im Lager ihrer ehemaligen Feinde Zugeständnisse und Bundesgenossen zu erlangen, mit Hilfe der Sozialdemokratie eine neue Weltalltagsgewalt gegen die revolutionäre Arbeiterklasse. Sie schießt in den Straßen Berlins in den Aufmarsch der revolutionären Front. Sie verbietet den RFB. Diese Maßnahmen zeugen nicht von ihrer Stärke und von der Stabilität ihres Gesellschaftssystems. Sie sind Bengeln für ihre Schwäche.  
Die Arbeitermassen verstehen, was der wahre Sinn des Angriffs auf den RFB. bedeutet. Sie begreifen, daß er ein Angriff auf die Existenz der Arbeiterbewegung ist, und darum wer-



# Die Hauptlehren des Mailampfes

Von W. Ullrich

Die Mailämpfe zeigten die höchste Form des Kampfes Klasse gegen Klasse seit 1928. Der Kampf der Arbeitermassen richtete sich nicht nur gegen einzelne Gruppen des Klassenfeindes, sondern direkt gegen das gemeinsame Klassenorgan der Bourgeoisie, gegen die kapitalistische Staatsgewalt. Die Koalitionsregierung und das organisierte Zusammenarbeiten der Vertreter des Truppkapitals, der Agrarier und der korruptierten aristokratischen Schichten der Arbeiterklasse im Staatsapparat, besonders, wie weit es dem Truppkapital gelungen ist, den sozialdemokratischen und Gewerkschaftsapparat in seine Dienste zu stellen. Schlichtungsausschüsse, Panzerkreuzer und Panzerautos sind die Symbole dieser bürgerlichen Klassenfront.

Auf der anderen Seite formiert sich die Klassenfront des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei. Hunderttausende folgten dem Rufe der kommunistischen Partei zur Arbeiterruhe und Massen demonstration am 1. Mai. Die teilweisen Demonstrationstreiks gegen den Polizeiterrord, die spontanen Solidaritätskundgebungen im ganzen Reich gegen die Sozialdemokratie, gegen den Polizeiterrord, gegen die Koalitionsregierung des Truppkapitals, zeugen von dem fortschreitenden Willen der Arbeitermassen, der Front der Bourgeoisie die Klassenfront des Proletariats gegenüberzustellen. Die Berliner Arbeiter-Delegiertenkonferenz mit 390 Delegierten aus 202 Betrieben mit 139 000 Arbeitern ist der lebendige, wenn auch noch unvollkommene Ausdruck für die Organisierung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats. Ebenso wie die Bourgeoisie in der Staatsgewalt das Organ ihrer gemeinsamen Interessenvertretung hat, so muß die Arbeiterklasse alle Kräfte einsetzen, um die organisatorischen Formen der proletarischen Einheitsfront herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit der Beratung und Beschlussfassung über die Kampfmaßnahmen in der Arbeiter-Delegiertenkonferenz, deren Vertreter in den Betriebsversammlungen gewählt werden, müssen vor allem in den Betrieben, aber auch ortswise, je nach dem konkreten Anlaß des Kampfes, Kampfleitungen, Streikleitungen, Selbstschutzorgane, Ausschüsse zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und dergleichen geschaffen werden. Diese Organe der proletarischen Einheitsfront müssen auf der Basis der proletarischen Demokratie gebildet werden. Alle Arbeiter des Betriebes sind zur Beratung und Beschlussfassung heranzuziehen. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um das Maximum der Kampfkraft der Arbeiter zu entfalten und die Arbeitermassen so von der Notwendigkeit der gefakten Beschlüsse zu überzeugen, daß sie aus eigener Initiative ihre ganze Kraft für deren Durchführung einsetzen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Mailämpfe wurde nicht genügend Augenmerk der Entwicklung der proletarischen Einheitsfrontorgane gewidmet. Die Erfahrungen der Bewegung lehren, daß eine gute Vorbereitung solcher Massenbewegungen nur möglich ist, wenn rechtzeitig die Arbeiter-Delegiertenkonferenzen einberufen werden, und wenn rechtzeitig Betriebsversammlungen stattfinden, in denen vorbereitende Ausschüsse für die Durchführung der Massendemonstrationen gebildet werden. In dem Maße, wie die Bourgeoisie und ihre Sozialdemokraten dazu übergehen, die ständigen Organisationen der Arbeiterklasse zu unterdrücken und diese zwingen, illegal die Arbeitermassenbewegungen zu organisieren, gewinnt die Bildung der proletarischen Einheitsfrontorgane (die nur für bestimmte zeitweilige Aufgaben geschaffen werden) die größte Bedeutung. Die Kampfkraft dieser Organe ist aber abhängig vom kommunistischen Einfluß in den Groß- und Kleinbetrieben.

Am 1. Mai haben die kapitalistische Staatsgewalt und ihre reformistischen Streikbruchagenten den Arbeitermassen den tiefsten Sinn des Kleiner Parteitagbeschlusses, daß der Lohn ein „politischer Lohn“ sei, eingeimpft. Während Bourgeoisie und Sozialdemokratie bisher vorwiegend mit Hilfe des Schlichtungswesens und der reformistischen Streikbruchpolitik die Arbeiter niederzuknallen versuchten, gingen sie jetzt zu höheren Formen, zum Polizeiterrord und zur Aufhebung der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit über. Angesichts der neuen Hungeroffensive der Bourgeoisie (Abbau der Erwerbslosenunterstützung, erhöhte Belastung der Arbeiter mit Erwerbslosenversicherungsbeträgen, Verabschaffung der Affordlöhne und Verschärfung des Strafgesetzbuchs, Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Zölle) und dem gleichzeitig verstärkten Widerstand der Arbeiter, reichen die „demokratischen“ Mittel der Arbeiterebene nicht mehr aus. Deshalb Polizeiterrord, Organisationsverbote, Unterdrückung der kommunistischen Presse und Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter. Der Kampf gegen den Polizeiterrord, der Kampf um die Straße, der Kampf gegen die Unterdrückung des KZB, ist zugleich der Kampf für Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes kann die Arbeiterklasse im allgemeinen ihre ökonomischen Forderungen nur durchsetzen, wenn sie den politischen Massenkampf organisiert und mit Hilfe der Massendemonstrationen und der Waffe des politischen Massenstreiks die Macht des Klassengegners schwächt und die Klassenfront des Proletariats organisiert. Die wochenlangen Kämpfe einzelner Arbeiterkategorien, die zäh und unerschütterlich den Kampf für ihre Forderungen führten, aber nur geringe materielle Erfolge erzielten, lehren die Notwendigkeit, den politischen Massenkampf zu verschärfen, gerade im Interesse der Durchsetzung der ökonomischen Forderungen. Ebenso wie die Bourgeoisie ihre Kampfmethoden gegen die Arbeiterklasse verschärft hat und auf die ökonomischen Streikbewegungen und Massendemonstrationen mit Polizeiterrord und Organisationsverböten antwortet, so muß die Arbeiterklasse ihrerseits den Kampf um die Demonstrationen- und Koalitionsfreiheit verschärfen und lernen, die Waffe des politischen Streiks anzuwenden.

Aus diesem Grunde müssen alle Kräfte konzentriert werden, den Arbeitermassen der Großbetriebe diese veränderten Kampfbedingungen und Kampfmethoden zum Bewußtsein zu bringen und im Zusammenhang mit der aktiven Vertretung der ökonomischen Kampfinteressen den politischen Kampf gegen Truppkapital und Koalitionsregierung zu steigern.

Der politische Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt und ihre Sozialdemokratie muß gegenwärtig in erster Linie unter den Bedingungen des Kampfes für die Demonstrationen- und Koalitionsfreiheit, gegen die Unterdrückung des Roten Frontkämpferbundes und gegen die Unterdrückung der revolutionären Presse geführt werden. Die Bourgeoisie will mit Hilfe des Polizeiterrords die organisierte Kraft der Arbeiterklasse lähmen und zerstören, um sie zu händeln, den Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gegen die Erhöhung der Verzinsungslöhne, gegen Hungerstreikprüfungen und gegen kapitalistische Zwangsmaßnahmen zu führen. Der Kampf um die Straße muß deshalb auf breiterer Basis weitergeführt werden. Es gilt, die entscheidenden Schichten der Arbeiter in den Großbetrieben zu mobilisieren. Die Massenbewegung gegen den Polizeiterrord muß sich in einer solchen Breite und Tiefe entwickeln, daß kein Polizeiknüppel imstande ist, die Demonstrationen zu verhindern oder auseinanderzuschlagen. Im Kampf um die Demonstrationenfreiheit müssen aber auch Kampf gegen die Arbeiter zum Schutz der Demonstrationen,

# Steuerfreiheit der Millionäre

## Gilberding als Lakai der Großbanken — Zur neuen 500-Millionen-Anleihe

Der Reichsrat nahm, wie wir am Sonnabend kurz unter „Vom Tage“ meldeten, in seiner öffentlichen Sitzung am Freitag die Anleihevorlage an. § 1 der Vorlage ermächtigt den Reichsfinanzminister, eine Anleihe von 500 Millionen Reichsmark auszunehmen, und zwar kann er diese Anleihe von der Einkommensteuer, von der Vermögenssteuer und von der Erbschaftsteuer befreien. Die Ausschüsse des Reichsrates haben noch den Zusatz gemacht, daß, wenn der Finanzminister von der Anleihermächtigung Gebrauch macht, er mit Zustimmung des Reichsrates in der gleichen Weise die Schulverschreibungen und Schatzanweisungen der Länder in den Jahren 1929 und 1930 bis zu dem Gesamtbetrag von 40 Prozent der für das Reich geschätzten Einnahmen von den genannten Steuern bis zur Höhe des Betrages befreien kann, der auf ein Land nach der Maßgabe der Bevölkerungszahl entfallen würde.

Die neue, von der Reichsregierung beschlossene Anleihe in Höhe von 500 Millionen Mark zur Deduktion des Defizites in der Reichskasse hat besondere grundsätzliche Bedeutung erhalten durch die darin ausgesprochene Steuerfreiheit für die Großkapitalisten.

Wie drückt ein Kapitalist sich in Zukunft in Deutschland vor der Erbschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuer und dem Steuerzuschlag vom Kapitalertrag? Jeder Großkapitalist kann dies in Zukunft sehr leicht und billig gesetzlich erreichen, indem er einfach Anleihegeld der neuen von Gilberding herausgegebenen Anleihe aufgibt. Dann erhält er nicht nur sieben Prozent Zinsen für eine völlig sichere Kapitalanlage, sondern es werden ihm außerdem noch sämtliche Kapitalsteuern erlassen.

Je größer das Einkommen und Vermögen, um so größer auch der Steuerertrag und die Verzinsung der Reichsanleihe! Denn auf Grund der Steuerbefreiung soll ja der Millionär mehr Steuern zahlen als der Kleinkapitalist. Aber auch dem

Millionäre werden im Falle der Reichsanleihe sämtliche Steuern erlassen. Deswegen wurde sogar von bürgerlicher Seite die neue Anleihe als eine „Anleihe für Millionäre“ bezeichnet.

Derart günstige und kapitalfreundliche Anleihebedingungen hat es noch nie gegeben. Deswegen hat die Reichsanleihe trotz der Kapitalnot „günstigste Aufnahme“ in der Presse des Finanzkapitals gefunden. Hat sie doch das Finanzkapital ein wesentliches Stück vorwärts zu dem seit langem erstrebten Ziel gebracht:

### Abbau und Beseitigung der Kapitalsteuern bei weiterer Erhöhung der Massenbelastung.

Die Reichsanleihe hat dies in einem derartigen Umfange bereits durchgeführt, wie es nicht einmal in dem faschistischen Italien bisher geschehen ist. Konnte Mussolini seine Gewalt Herrschaft nur aufrecht erhalten, weil er sich als treuer Hüter des Finanzkapitals bewährte, so gilt dies ebenfalls für den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Gilberding. Entsprechend der stärkeren monopolistischen Nachstellung des Finanzkapitals in Deutschland bestimmen hier die Finanzmagnaten noch unmittelbar die Handlungen des sozialdemokratischen Finanzministers. Das trat bereits bei der jüngst erfolgten Verlängerung des kurzfristigen Bankrechts an das Reich zutage. Gilberding mußte die Großbanken um Kredite anfragen und ihre Bedingungen vollständig schlucken. Er mußte ihnen bestimmte Zusicherungen über Erlass der Kapitalertragssteuer und Abbau anderer Kapitalsteuern machen, die auch prompt bei der neuen Reichsanleihe erfüllt worden sind.

Auch in dem „demokratischen“ Deutschland kann nur jemand Finanzminister werden, der ohne irgendeinen eigenen Gedanken gehorsamster Lakai der Großbanken ist. Dieser Mann ist der Sozialdemokrat Rudolf Gilberding, der an die Großkapitalisten Subventions- und Steuererlasse ausstellt, für die Massen aber neue Zölle und Steuerbelastungen bereithält.

## Vom Tage

Am 15. Mai findet vor dem Berliner Arbeitergericht der Termin in der Klage der gemahregelten Spitzenkandidaten der Berliner Lehr- u. G. statt.

Heute treten Reichstag und Landtag zur letzten Tagung vor den Pfingstferien zusammen. Im Landtag steht das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun und den Polizeiminister Orzechowski auf der Tagesordnung.

Die norwegische Arbeiterpartei, die größte Partei im Storting, hat den Antrag gestellt, daß Norwegen aus dem Völkerbund austrete.

Wie die Telegraphen-Union meldet, sind die Aufmärsche der faschistischen Heimwehren und die des republikanischen Schutzbundes, die am Sonntag in Oesterreich stattfanden, ohne wesentliche Zwischenfälle verlaufen. Die Sozialdemokratie hatte wiederum vor den Faschisten kapituliert.

Am Sonntag fanden in etwa 20 000 französischen Gemeinden bei Stichwahlen statt. Die kommunistische Partei, die bereits bei den Hauptwahlen in Paris 10 000 Stimmen gewann, hat in den Pariser Vororten, namentlich im Seine- und Oise-Departement weitere Erfolge erzielt.

## Gleiwitzer Schneidergehilfen im Streik

Gleiwitz, 13. Mai. Die Schneidergehilfen haben vor einigen Wochen durch den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband ihre im Herbst abgelehnten Lohnforderungen wieder geltend gemacht. Da sich die Unternehmer weiter ablehnend verhielten, trat am Freitag ein großer Teil der Gehilfen in Streik, der im Laufe des Sonnabends noch an Umfang gewann. Bis jetzt arbeiteten die Schneidergehilfen bei sechzig- und mehrstündiger Arbeitszeit für den Hungerlohn von 25 bis 35 Mark.

## Drei Bergleute in O.G. verhaftet

Ill. Gleiwitz, 12. Mai. Sonntag mittag ereignete sich auf der Grubenanlage Sosnka ein schweres Unglück. Auf der 235-Meter-Sohle erfolgte in einem Pfeiler-Betrieb plötzlich eine Gebirgssturzung, wobei drei Bergleute verhaftet und zwei andere leicht verletzt wurden. Die sofort eingeleiteten Bergungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß die Sandsteinmassen immer wieder nachgaben. Von den Verhafteten wurden bisher der Bauer Kojak und der Bauer Blalucha tot geborgen.

## Breslauer Erwerbslose! Notstandsarbeiter!

### Heraus zu öffentl. Versammlungen

**Notstandsarbeiter: Montag, den 13. Mai, abends 8 Uhr,** in den „Hubertus-Sälen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 92. Thema: „Verkürzung der Notstandsarbeit auf 3 Tage?“

**Alle Erwerbslosen: Dienstag, den 14. Mai, nachm. 3 Uhr** im Garten des „Bergkellers“, Kleitschkastraße 33. Tagesordnung: 1. Die Hungerunterstützung soll noch weiter abgebaut werden. 2. Drohende Verschlechterungen bei der Notstandsarbeit.

## Erscheint in Massen

Der Landes-Erwerbslosenausschuss

zum Schutz gegen faschistische Überfälle, zum Schutz gegen die Streikbrecher gebildet werden. Die aktivsten, der revolutionären Bewegung treu ergebenen Arbeiter in den Betrieben müssen zu Selbstschutzorganen zusammengefaßt werden.

Wenn die Arbeiterklasse auf diese Weise den verschärfsten Ausbeutungs- und Unterdrückungsdruck der Bourgeoisie mit der Formierung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats beantwortet, dann wird die Arbeiterklasse fähig werden, siegreich ihre Forderungen durchzusetzen. Deshalb:

**Verstärkt die Massenmobilisierung in den Betrieben!  
Schafft Organe der proletarischen Einheitsfront!**

## Die lächerliche Begründung des Rotfront-Verbotes

Dem durch die Berliner Polizeiproklamationen, durch Jörgiebel und seine Partei erzwungenen Verbot des Roten Frontkämpferbundes ist nunmehr eine völlig lächerliche und haltlose Begründung des preussischen Innenministers Orzechowski gefolgt. Alle Polizeiliegungen über die Beteiligung bewaffneter Rotter Frontkämpfer während der Arbeitstage sind elend zusammengeschoben. Uebrig geblieben ist eine weit über das Proletariat hinaus bis in große Teile des Kleinbürgertums eingedrungene Empörung über das bestialische Verhalten der Polizei. So ist es verständlich, daß auch große Teile des Kleinbürgertums gegen das Verbot des KZB rebellieren; und unter dem Druck dieser kleinbürgerlichen Strömungen sieht sich selbst eine bürgerliche Zeitung, wie die „Berliner Volkszeitung“ vom 11. Mai, die sich auf diese Kreise stützt, gezwungen, zum Verbot des KZB festzustellen: „Wer trotzdem — wir müssen gestehen, daß wir uns die Begründung einer so einschneidenden Maßnahme, wie sie dieses Verbot darstellt, anders vorgestellt haben. Wir haben gedacht, daß Polizei und Ministerium von so vielen und unerhörten Schandakten wußten, durch deren Bekanntgabe sie uns alle davon überzeugen könnten, daß dieses Verbot wirklich nicht mehr zu umgehen war. Diese, unsere Erwartung, ist nicht erfüllt worden.“

Eine vernichtendere Kritik des KZB-Verbotes aus bürgerlichem Munde ist wohl nicht denkbar. Immer mehr enthüllt sich dieses Verbot als eine von langer Hand vorbereitete Aktion der sozialfaschistischen sozialdemokratischen Minister, die, um endlich zu dem erwünschten Ziele, zum Verbot des KZB, zu kommen, das Malheur in Berlin zu diesem Zweck gebraucht haben. Unter ihrem Schutze wird den Hitlerbanditen, wird dem Stahlhelm in Deutschland der Weg zum Faschismus geebnet. Das Verbot des KZB soll nach dem Willen der Senierung—Orzechowski die revolutionäre Front gegen den Faschismus schwächen; doch, und das zeigen schon die Ereignisse der letzten Tage: die Auswirkungen dieses Verbotes sind gerade umgekehrt. In steigendem Maße strömen die Arbeitermassen in der Erkenntnis, daß das KZB-Verbot ein Schlag nicht nur gegen die SPD. und den KZB, ist, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands, zur revolutionären Front und reihen sich so aktiv in den Kampf gegen den Faschismus ein.

## 800 Textilarbeiter vor der Entlassung

Schweidnitz, 13. Mai. Ende der vergangenen Woche erhielt die übergroße Mehrheit des Schweidnitzer Textilbetriebes Siemens folgendes Kündigungs schreiben zugestellt:

„Durch die allgemein sehr schlechte wirtschaftliche Lage sehen wir uns gezwungen, unseren Betrieb vorübergehend stillzulegen bzw. ihn auf ein ganz geringes Maß einzuschränken. Wir müssen Ihnen deshalb hiermit Ihr Arbeitsverhältnis zur Aufgabe am 18. Mai 1929 kündigen. Wir hoffen, daß diese Maßnahme nur eine vorübergehende sein wird, und wir werden Sie wieder einstellen, sobald die Wirtschaftslage dies nur einigermaßen gestattet.“

Hinter den scheinbar mitleidigen Worten der Textilunternehmer verbirgt sich in Wirklichkeit die Absicht, durch die Kündigung der Beschäftigten den Gang der zurzeit in der schließlichen Textilindustrie kühnenden Lohnverhandlungen zu beeinflussen. Die Textilarbeiter sollen eingeschüchtert werden. Proleten, fällt auf den Trick der Unternehmer nicht herein. Befestigt auf euren Forderungen! Wählt Kampfleitungen und nehmt den Kampf an!

# Heute letzter Tag: Eisenbahner, wählt revolutionär!



Breslauer Städtemannschaft gegen Rhönizja-Wien 2:2 (1:1)

Sonderbericht des Kreispressbundes über das Spiel im Waldenburger Stadion

Im schön gelegenen Waldenburger Stadion wurde am gestrigen Sonntag die internationale Werbeveranstaltung der Freien Sportfreunde Waldenburg eröffnet.

Zum Spiel selbst: Breslau hat Ansturm. Es ist zunächst ein gegenseitiges, vorsichtiges Abtasten zu bemerken. In glänzender Manier drängen die Wiener ohne vorerst Erfolge erzielen zu können.

Zu den Mannschaften: Die Wiener Mannschaft spielt einen in jeder Beziehung vollendeten Fußball. Schwache Momente waren in der Mannschaft nicht vorhanden.

Ueberraschungen in der Reichsbundes-Fußballmeisterschaft

Der in Sachsen schon als Bundesmeister gefeierte VfL. Südost-Leipzig mußte am Sonnabend von dem ostdeutschen Verbandmeister Döberner-Forscht eine 3:1-Niederlage hinnehmen.

Breslauer Fußball

Sportfreunde I — Strehlen I 4:5 (1:1) Der Ansturm von Strehlen wird gestoppt und sieht Sportfreunde am Vorteil. Doch der gute Tormann läßt die unmöglichsten Sachen.

Dawig I — Silesia-Riders I 3:0 (1:0)

Im Stadion kämpften die Dawiger überlegen und sind in den ersten acht Minuten durch Schnitzer der Verteidigung mit Silesia-Riders 1:0 in Führung.

- Weitere Resultate: Silesia-Riders II — Dawig II 5:1 (abgebrochen) Bomardis I — VfB. 1:3 (0:3) Einigkeit II — Wader II 3:3

Handball

In der Männer-A-Klasse lieferten sich in Dawig die 5. Abteilung I gegen 6. Abteilung I einen erbitterten Kampf, den die 5. Abteilung durch bessere Stürmerleistung für sich entscheiden konnte.

Poseidon — II. Abteilung 5:1

Das, was niemand erwartete, ging in Erfüllung. Die 2. Abteilung mußte von den Schwimmern eine empfindliche Niederlage hinnehmen.

Table with 3 columns: Team, Score, Result. Includes results for Männer A-Klasse, Männer B-Klasse, Männer D-Klasse, Jugend A-Klasse, and Sportlerinn. A-Kl. 3.

Endspiel Kreismannschaft — Auswahlmannschaft Breslau 8:2 (2:0)

Am Himmelfahrtstage fanden sich in Breslau beide Mannschaften im Endspiel gegenüber. Mit 2:0 für die Kreismannschaft überdauerte die Partie gewöhnlich. Nach der Pause sah ein vollständig überlegenes Spiel der Kreismannschaft ein, die in wenigen Minuten drei Erfolge erzielt.

Table with 3 columns: Team, Score, Result. Includes results for Männer: 7. Abt. I — 7. Abt. II, 7. Abt. I — 6. Abt. I, 7. Abt. I — 3. Abt. II, etc.

Bezirksjugendtreffen der Athleten

Am Donnerstag veranstaltete der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athletenbundes eine Wanderschaft, die durch den schloßartigen Sportwald nach Sacrau führte und eine stattliche Anzahl Jugendliche vereinigte.

Zoller Fußball-Scandal bei den Bürgerlichen

Der „Cottbuser Anzeiger“ berichtet in großer Aufmachung von einem unerhörten Fußballscandal. Es heißt da, der neue süddeutsche Fußballmeister Preußen-Zaberge wollte Meisterehren mit Geld erkaufen.

Sportplätze und Turnhallen, eine Forderung, die selbst von der Zentralkommission aufgestellt ist, und die in Hamburg, wie fast überall, mit den Stimmen der Sozialdemokraten zu Fall gebracht wurde.

Den bürgerlichen Sportlern aber geht es unter dem sozialdemokratischen Senat Hamburgs sehr gut. Im Jahre 1928 hat die Deutsche Turnerschaft zweimal 30 000 Mark „Darlehen“ zum Bau eines Sportheimes erhalten.

„Tschitscherins Sohn, der Sieger von Cambridge“

Unverschämte Lügen der Breslauer „Vollwacht“

Die schlesische sozialdemokratische Parteipresse und die Presse der Arbeiterportverbände, die unter reformistischem Einfluß steht, veröffentlichte vor kurzem unter der fetten Überschrift „Kommunisten im bürgerlichen Sport“ mit Behagen eine Meldung aus „glaubhaften Quellen“.

Die Nachrichten aus „glaubhaften Quellen“ sind sehr schnell zu widerlegen. Der Volkskommissar für Auswärtiges, Genosse Tschitscherin, befragt ebensowenig einen Sohn wie überhaupt eine Familie.

Diese Nachrichten aus „glaubhaften Quellen“ sind sehr schnell zu widerlegen. Der Volkskommissar für Auswärtiges, Genosse Tschitscherin, befragt ebensowenig einen Sohn wie überhaupt eine Familie.

Hamburgs Sozialdemokraten für den bürgerlichen Sport

Bei den Haushaltsberatungen der Hamburger Bürgerschaft stellte die kommunistische Fraktion einen Antrag, den Arbeiterportorganisationen Hamburgs 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Internationales Fußball-Treffen Wien — Breg

In Breg am zweiten Pfingsttag, um 16 Uhr, auf dem städtischen Sportplatz. Vorher, um 14 Uhr, spielen zwei Jugendmannschaften. Während dieser beiden Spiele findet ein Konzert statt.

Arbeiter-Sportartell. Mittwoch, Kartellversammlung, 20 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses. — Tagesordnung: 1. Mitteilungen und Berichte. 2. Vortrag über den Erweiterungsbau des Stadions (an Hand von Modellen).

Freie Turnerschaft. Am 8. und 9. Juni hält die Freie Turnerschaft des 10. Stiftungsfest ab. Wir senden in nächster Zeit das nähere Programm zu.

Freie Turnerschaft. Am 8. und 9. Juni hält die Freie Turnerschaft des 10. Stiftungsfest ab. Wir senden in nächster Zeit das nähere Programm zu.

Freie Turnerschaft. Am 8. und 9. Juni hält die Freie Turnerschaft des 10. Stiftungsfest ab. Wir senden in nächster Zeit das nähere Programm zu.



# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

## Neue Schwierigkeiten der Konsumvereine

Seit Jahren stellt die reformistische Bürokratie die Entwicklung der Konsumvereine in der günstigsten Weise dar. Nur durch ihre oberflächliche Betrachtung kommt die reformistische Bürokratie zu solchen Ergebnissen. Denn auch in der Zeit der relativen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist durch die fortschreitende Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft, die Produktivität des Kapitals und den Preis und die Politik der Konsumvereine die Entwicklung der Konsumvereine bedroht. Bei einem verhältnismäßig schwachen Wachstum der genossenschaftlichen Organisationen (Mitgliederzahlen, Umsätze, Eigenkapital, Sparteinlagen usw.) ist eine Verminderung der Bedeutung der Konsumvereine innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und neue erhebliche Schwierigkeiten festzustellen.

Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen folgendes Bild:

Jahr	Umsatz in Millionen Mark	Geheimnis in Millionen Mark	Sozial in Millionen Mark	Produktion in Millionen Mark	Beitrag in Millionen Mark
1914	1692	486	257	104	62
1927	2909	881	302	241	83
1928	2803	1046	373	302	107

Bei der Bewertung der Umsatzerhöhung müssen die seit 1914 eingetretenen Veränderungen in Rechnung gestellt werden. Der Mitgliederzuwachs seit 1914 beträgt 64 Prozent. Die seit 1914 eingetretenen Preissteigerungen sind etwa 60 Prozent. In der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Konsumvereine ist eine soziale Umwälzung vor sich gegangen, die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die 1914 78,70 Prozent betrug, war im Jahre 1927 nur noch 68,28 Prozent. Die heute den Konsumvereinen angehörende größere Zahl der Mittelständlichen können höhere Umsätze erreichen, als die Arbeiter und Angestellten im Jahre 1914. Eine der wichtigsten Veränderungen ist die Erweiterung der bestehenden Betriebszweige, bzw. die Errichtung neuer Betriebszweige der G.G. und der Konsumvereine (z. B. Warenhäuser, Fleischwaren, Spezialläden usw.) Heute führen die Konsumvereine eine größere Anzahl von Waren als im Jahre 1914, was eine größere Bedarfsdeckung des einzelnen Mitglieds ermöglicht.

Der Durchschnittsumsatz des Mitglieds, der im Jahre 1914 287,- M. betrug und für 1928 mit 373,- M. angegeben wird, ist heute dem wirklichen Wert nach erst etwa 200,- bis 250,- M. In den Konsumvereinen haben also die einzelnen Mitglieder noch lange nicht den Umsatz von 1914 wieder erreicht.

Eine kritische Untersuchung zeigt auch, daß der Anteil der Konsumvereine am Gesamtumsatz in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die Reformisten machen sich über diese Tatsachen lustig und beschimpfen z. B. den Genossen Reichsminister als einen „Fressling“ und „tächerlichen Komödianten“, erklären ihn als Vertreter eines „Bruch- und Trümmertums“. Aber die von dem Genossen angeführte These ist trotzdem richtig. In der Vorkriegszeit wurde der Anteil der Konsumvereine am Gesamtumsatz auf etwa 5 Prozent geschätzt. Für das Jahr 1927 wird der Einzelhandelsumsatz mit etwa 34 Milliarden Mark geschätzt, der Zentralverband erreichte in diesem Jahr einen Umsatz von 982 Millionen Mark, das sind 2,9 Prozent vom Einzelhandelsumsatz. Der Einzelhandelsumsatz für 1928 wird auf etwa 40 Milliarden geschätzt, während der Umsatz der Konsumvereine des Zentralverbandes 1046 Millionen Mark betrug. Der genossenschaftliche Anteil am Einzelhandelsumsatz beträgt daher im Jahre 1928 nur noch 2,6 Prozent. Wir sehen also nichts von der „Verdrängung“ der kapitalistischen Wirtschaft durch die genossenschaftliche Wirtschaft, sondern bei absolutem Wachstum der Umsätze der Konsumvereine einen relativen Rückgang an den Umsätzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Verband sächsischer Konsumvereine in Dresden hat z. B. bei seinen Vierteljahrsuntersuchungen für 1928 nur geringe Umsatzerhöhungen bei einer größeren Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten und Abnahme der Umsatzeleistung pro beschäftigte Kraft festgestellt. Die reformistische Bürokratie verweist auf den hohen Anstieg des Umsatzes und die jährliche Verbandsleistung erklärt offen, daß die Ursachen „in der geringen Leistung der Beschäftigten und den z. Z. gezahlten Gehältern und Löhnen liegen“. Die Genossenschaften sollen aus den Darlegungen die notwendigen „Mahnwunderungen“ ziehen: alle noch der kapitalistischen Rationalisierungsmethode Personal abbauen und die Löhne der anderen Angestellten noch weiter heruntersetzen.

Die Schwierigkeiten der Konsumvereine lassen sich mit den kapitalistischen Rationalisierungsmethoden nicht lösen. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Konsumvereine kann nur durch die Preisgabe der arbeitserfreundlichen Politik der

reformistischen Bürokratie eine proletarische Klassenpolitik und einen weiteren geschäftlichen Ausbau der Konsumvereine erreicht werden. Die Genossenschaften müssen teilnehmen am Kampf gegen Zoll und Grenzschutz der Koalitionsregierung, für die Unterstützung der Erwerbslosen, gegen die imperialistische Kriegsgelahr und für die Verteidigung der Sowjetunion. Die Wirtschaftskämpfe des Proletariats für die Hebung des Reallohns und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssen die Konsumvereine durch proletarische Klassenpolitik unterstützen. Die Schwierigkeiten der Genossenschaften lassen sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht völlig beseitigen. Die Erfahrungen zeigen, daß nach 80 Jahren reformistischer Tätigkeit die deutschen Konsumvereine noch nicht mit 3 Prozent am Gesamtumsatz des Handels beteiligt sind, während die Sowjetgenossenschaften bereits nach 19 Jahren 80 Prozent des Detailhandels umsetzen. Deshalb überträgt die reformistische Bürokratie die Leistungen der deutschen Konsumvereine gewaltig und versucht die ungeheuren Ertragsüberschüsse der Sowjetgenossenschaften zu diskreditieren. Dieses Spiel darf ihnen nicht gelingen.

## Verleumdungen als Verteidigung für die SPD.

In einem Artikel „Kommunismus-Lüge“ versucht die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ vom 20. April die von der kommunistischen Presse gelebte Kritik durch „allerlei habendüne Schwandeleien“ herabzusetzen. Aus der Fülle der behaupteten Fragen wollen wir wegen Platzmangel nur eine herausgreifen. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie erklärt, sie sei mit aller Schärfe gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer angetreten. Aber davon kann nicht die Rede sein. In den genossenschaftlichen Volkskammern von Mitte Februar wird in einer Notiz gesagt, daß die Vorlagen für das Steuervereinfachungsgesetz „nicht von der jetzigen, sondern von der vorhergehenden sogenannten „Bürgerblockregierung“ angefertigt sei. Die jetzige Regierung ließ sie — angeblich aus taktischen Gründen — unverändert.“ Wird hier nicht die Schuld auf die Bürgerblockregierung abzuwälzen versucht? In der Rundschau vom 19. Januar geschah dies noch viel klarer. In seinem Artikel schrieb Reichner, daß die Steuerreform „nichts weiter als eine rückwärtige Konzeption der vorigen Regierung an die Mittelständler sei.“ Reichner, der genau wußte, daß die Koalitionsregierung während der Steuervereinfachungsgesetze beigetragen ist, schreibt dann, daß nun „die jetzige Mehrheit des Reichstages und auch die gegenwärtige Reichsregierung“ in Aktion treten sollten. Wenn die reformistische Genossenschaftsbürokratie dieses Verhalten von Reichner nicht billigen würde, hätte sie sofort dagegen Stellung genommen.

Es bleibt also dabei, daß die reformistische Genossenschaftsbürokratie zur Entlastung der SPD, die Schuld für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer auf die Bürgerblockregierung abwälzen will. Warum ist sonst nichts gegen das Verhalten der SPD-Minister in der Reichsregierung getan?

## IGB. beteiligt sich am Abrüstungsmanöver der Sozialimperialisten

Die 2. Internationale, die am Wettrüsten in allen Ländern und an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen aktiv beteiligt ist, führt ein Abrüstungsmanöver durch. Dabei hat sie verschiedene Organisationen aufgefordert, Entschlüsse an die vorbereitende Abrüstungskommission zu richten. Die 2. Internationale hat sich auch an die Genossenschaftsinternationale gewandt und sie zur Unterstützung ihres Abrüstungsmanövers aufgefordert. Der IGB. in London hat alle Organisationen in einem Rundschreiben zur Unterstützung der sozialdemokratischen Aktion aufgefordert und ihnen eine Entschließung zugeföhrt. In dieser Entschließung wird die „möglichst kürzeste Frist“ für die Beendigung der Arbeiten der Vorbereitungskommission und Einwirkung auf die kapitalistische Regierung, um den Frieden tatsächlich zu verwirklichen, gefordert. Auch wird von den Genossenschaften verlangt, daß sie bei den Maidemonstrationen für die sozialimperialistischen Zwecke eintreten sollen.

Der Centrosojus hat im Auftrage der Sowjetgenossenschaften gegen dieses Vorgehen der Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes protestiert und Einspruch gegen die Zusammenarbeit des IGB. und der 2. Internationale für die Unterstützung der Kollaborationspolitik erhoben. Die Sowjetgenossen-

schaften fordern mit Recht, daß alle Genossenschaftsorganisationen die von Litwinow in Genf eingebrachten Vorschläge über die gemeinsame Abrüstung unterstützen sollen. Gleichzeitig haben sich die Sowjetgenossenschaften gegen die Unterstützung der sozialdemokratischen Maßnahmen ausgesprochen und die Beteiligung der Genossenschaften an den 1.-Mai-Demonstrationen als eine Demonstration gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen verlangt.

Das Verhalten der Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes muß alle proletarischen Mitglieder empören. Die Sozialdemokraten bewilligen den kapitalistischen Regierungen die Kriegsrüstungen (Wehrtafeln — Panzerkreuzer usw.) und belagern die imperialistischen Kriegsvorbereitungsgelände der Bourgeoisie. Mit diesen Sozialimperialisten sollen die Genossenschaftsmitglieder zusammenwirken. Dieser Vorgang zeigt nicht nur, wie die Leitung des IGB. mit den Sozialimperialisten zusammenarbeitet, sondern ist auch ein Beispiel für die vielgepriesene politische „Neutralität“ der Genossenschaften. Ueberall müssen die Mitglieder den härtesten Kampf gegen die Sozialimperialisten führen und die offene Behandlung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen, den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgelahr und für die Verteidigung der Sowjetunion fordern.

## SPD.-Antrag für die Genossenschaften in Hamburg

Die Kommunistische Partei hat nicht nur im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen jeweils die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder vertreten, sondern auch in den Gemeinderäten. Wir erinnern an den erst vor kurzer Zeit veröffentlichten Antrag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Jetzt hat auch die kommunistische Bürgergenossenschaft in Hamburg folgenden Antrag eingebracht.

- Die Bürgergenossenschaft ersucht den Senat
1. sofort den Beitritt in den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ e. G. m. b. H. zu beschließen,
  2. die Befreiung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ von der Gewerbesteuer und der Grundsteuer bei der Bürgergenossenschaft zu beantragen,
  3. dahin zu wirken, daß alle Waren- und Sachleistungen der hamburgischen Gemeinderäte für bedürftige Einwohner (Rentner, Wohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützungsempfänger usw.) durch den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ vorgenommen werden,
  4. der „Produktion“ zinslose Kredite für die von den öffentlichen Körperschaften regelmäßig zu beziehenden Waren und auf Antrag auch zinslose Darlehen zur Erweiterung der Geschäftsbetriebe des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ zu gewähren,
  5. dahin zu wirken, daß die Platflächen, Kellerräume der Hoch- und Straßenbahn dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in ausreichendem Maße für die genossenschaftliche Propaganda kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
  6. dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in allen öffentlichen Gebäuden geeignete Kellerräume kostenlos zu überlassen,
  7. die Berufsbehörde anzuweisen, in den Berufsschulen eine Pflichtkunde wöchentlich einzuführen, in der über Entstehung, Entwicklung, Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften und Genossenschaften Unterricht erteilt wird.

Die Genossenschaftsbürokratie hat bereits im Mitgliedsauschuß der „Produktion“ Miße über diesen Antrag der SPD. gemacht. Die SPD. wird in Hamburg genau so wie jetzweil in Berlin die wichtigsten Forderungen ablehnen. Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen auch in anderen Städten die Initiative für die Durchsetzung dieser Forderungen in den Gemeinderäten ergreifen. Dabei gilt es nicht nur den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die SPD. zu führen, die die Interessen der Genossenschaftsmitglieder preisgibt.

## Genossenschaftliche Rundschau

Neuwahlen in den Konsumgenossenschaften der U.S.S.R. In den Konsumgenossenschaften begannen die Neuwahlen der Genossenschaftsleitungen. Nach den vorliegenden Berichten weiß der Bericht der Wahlversammlungen gegenüber dem Vorjahre einen erheblichen Zuwachs auf 75 bis 80 Prozent der Mitgliedschaft haben an den Wahlversammlungen teilgenommen. Diese Zahlen beweisen die große Aktivität der Mitglieder in den Sowjetgenossenschaften.

Genossenschaftsbürokratie gegen 1. Mai. Die genossenschaftlichen Zentralinstanzen haben schon vor Jahren die Offenhaltung der Verteilungsstellen der Konsumvereine am 1. Mai verlangt. Auch in diesem Jahre hat die reformistische Bürokratie, so z. B. in Jena, Weiden, Bremen usw., versucht, die Verteilungsstellen am 1. Mai offen zu halten. Dagegen ist nur gegen den Willen der reformistischen Bürokratie die Arbeitstage am 1. Mai in den Genossenschaftsbetrieben erreicht.

Die Genossenschaftsarbeit auf den Bezirksparteitagen. In diesen Wochen haben in allen Bezirken die Bezirksparteitage stattgefunden. Sowohl in den Bezirken der Bezirksleitungen, in Mecklenburg und Ostpreußen ist der Stand und die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit betont. In einigen Bezirken, wie z. B. Wasserburg, Rastgebet, Berlin-Hamborn, Erzgebirge, Vogtland usw. sind besondere Entschlüsse zur Genossenschaftsarbeit angenommen. Die Berichtserstattung über die Bezirksparteitage muß auch zu einer Vertiefung der Genossenschaftsarbeit der Partei ausgeht werden.

Rückgang der G.G. Geschäftsleiter. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie verweigert seit langem den Mitgliedern die Bezahlung der ersten Geschäftsleitergruppen. Wie jetzt aus dem Bericht der G.G. in Hamburg bekannt wird, sollen die ersten Geschäftsleiter ein Jahresgehalt nicht überschreitend

von 30 000 bis 40 000 Mark (!) erhalten. Während die reformistischen Führer immer auf die Notwendigkeit der kapitalistischen Rationalisierung in den Genossenschaftsbetrieben hinweisen und den Arbeitern und Angestellten keine angemessene Entlohnung gewähren, sichern sie sich diese Gehälter.

Die G.G. in Unternehmerrichtung. In der Unternehmerrichtung der G.G. vergrößert sich der bekannte Strömung eines Artikels über die G.G. Da in dieser Zeitschrift nicht nur Betriebe der G.G. abgebildet werden, sondern auch die Photographien der sechs Geschäftsführer erscheinen, muß die Geschäftsleitung der G.G. das Material zur Verfügung gestellt haben. Nachdem bereits die Berliner Genossenschaft sich nicht scheute, diese Unternehmerrichtung zu reklamieren, folgt jetzt auch die G.G. diesem Beispiel.

Über den Kaufmann (Von Senigand bis Betz), so behauptet sich die Konsumvereine im Umkreis herausgegebene Broschüre einer deutschen Genossenschaftsdelegation über den Stand der Konsumgenossenschaften in der U.S.S.R. Diese Broschüre bringt nicht nur gute Berichte über die Genossenschaften, sondern auch über das Arbeiterleben und ist mit einer Reihe interessanter Photographien versehen. (Zu beziehen durch den Verlag Bücherklub Chemnitz, Kirchhagen 7.)

Delegation englischer Industrieller im Centrosojus. Die englische Wirtschaftsdelegation hat auch den Centrosojus aufgesucht. Sie interessierte sich hauptsächlich für den Abbruch von Verträgen mit dem Centrosojus auf Lieferung von Massenkonsumartikeln (Lebensmitteln, Tischlerwerkzeugen, Weilen).

Eine Million Mark für Speisewagen. Die zentrale Sektion der Arbeitergenossenschaften beim Centrosojus hat 1 Million Mark für das Speisewagen zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln sollen Speisewagen und Küchen, und zwar hauptsächlich in Arbeiterbezirken, wie Krasnojarsk, Schachy, Krasnojarsk, Sverdlov, Kulebeka errichtet werden.

Inferatengewährung als Korruptionsverfuch. In letzter Zeit haben eine Reihe Geschäftsleitungen größerer Konsumvereine wie z. B. Dresden, Berlin, Köln usw. den kommunistischen Tageszeitungen die Inferate gesperrt. Der Entzug der Inferate erfolgte, weil diese Zeitungen durch eine rücksichtslose Kritik die Politik der reformistischen Genossenschaftsbürokratie brandmarkten. Nunmehr ist auch im Mitgliedsauschuß der „Produktion“ in Hamburg der Antrag gestellt, der „Hamburger Volkszeitung“ sämtliche Inferate zu sperren. Die Reformisten dürfen nicht glauben, daß sie durch solche Korruptionsverfuche die Arbeit der Kommunisten beeinträchtigen können.

Fortsetzung der Oppositionsarbeit. Bei der in der Generalversammlung des Konsumvereins Böslig erfolgten Wahl der Aufsichtsratsmitglieder wurden an Stelle der früheren SPD.-Genossen zwei Kommunisten gewählt. Auch bei der Aufsichtsratswahl in der Generalversammlung des Konsumvereins Böslig wurde ein Kommunist neben zwei SPD.-Vertretern in den Aufsichtsrat gewählt.

Rückgang der Genossenschaften nach dem Fünfjahresplan der U.S.S.R. In dem für die Volkswirtschaft der U.S.S.R. für die nächsten fünf Jahre aufgestellten Plan sind auch Angaben über die wachsende Berggenossenschaft der Sowjetwirtschaft enthalten. Die Genossenschaften, die im Jahre 1927/28 bereits 60,2 Prozent des Kleinhandels beherrschten, werden im Jahre 1932/33 ihren Anteil auf 79,9 Prozent heben. Die Zahl der in den landwirtschaftlichen Genossenschaften erfahren Bauernwirtschaften, die 1927/28 9,5 Millionen betrug, soll 1932/33 23,58 Millionen erreichen, während in der gleichen Zeit die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften von 22,6 Millionen auf 49,9 Millionen anwachsen soll.



Drei tödliche Straßenfälle

Gestern vormittag wurde der 28jährige Lehrlingskammer Arbeiter...

Streit!

Die Breslauer Maler und Kupferstecher befinden sich seit heute im Streit.

Selbstmord und Mord eines Arztes

In der Nacht zum Sonnabend erhängte sich im Hause Nahe...

Nicht der Automobilist, sondern der Ueberfahrene wird bestraft

Im Oktober vorigen Jahres berichteten wir über einen Vorfall...

Frau Penne gestorben!

Die bei dem Mordversuch auf der Weidenstraße schwer verletzte...

die — wie kann es anders sein — dem Automobilbesitzer half und...

Wie es ausländischen Arbeitern ergeht. Uns wird geschrieben:

Rechtschutz und Rechtsauskunft der Roten Hilfe nach wie vor...

Zeugen gesucht. Der junge Mann, der am 1. Mai abends an der...

„Der Arzt am Scheidewege“

Erkaufführung im Halle-Theater.

Auch über Bernard Shaw's Berlin liegt — vielleicht aus...

„Der Arzt am Scheidewege“ ist dafür typisch. Die Handlung...

Polizeipräsident Kleibömer geht!

Ein Bürgerbel für Breslau gesucht

Durch die Sonnabendpresse ging die, eigentlich etwas überraschend...

Über den Grund des plötzlichen Rücktritts Kleibömers schreibt...

hoff, das Rad zu reparieren, wird ersucht, sich im Verlag der...

Die Sonntagsradsfahrerkarten gelten zu Pfingsten zur Hinfahrt...

Kündigung der Fernsprechnummern des Polizeipräsidiums. Sämtliche...

Über die Versteigerung von Grundstücken aus der Zeit vom 1...

Mittelschlesien

Bettelerlaubnis anstatt Unterstützung

Was in Schlesien möglich ist

In Briesche, Kr. Trebnitz, wandte sich ein verheirateter Er...

Ein Tischler Herrrn Wlonsk Menzel in Briesche. Auf Ihren Antrag...

Da es unseren Lesern schwer fallen wird, sich an der merkwürdigen...

Arzt erfahren, daß er sich verrechnet hat; denn die Witwe hat unter...

„Frühlingserwachen“ von Franz Wedekind

Zur Aufführung im Lode-Theater!

Diese Kindertragödie, aufgebaut auf der Sexualnot der bürgerlichen...

besitzigen, die ein Kapitalverbrechen planten und nur durch die Macht...

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten davon gesprochen...

Blüher steht noch nicht fest, wer Kleibömers Nachfolger...

Gegenüber diesem Menschen hatte selbst ein Kleibömer noch „demokratische...

handelt, mit der der Betreffende bei den Besitzern des Ortes vor...

Dieser Bittbrief einer kleinen Gemeinde läßt für die Entwicklung...

Brieg. Ein rabiatere Mensch scheint der Tapeziermeister Fröhlich...

Steindorf. Wie ein Sozialdemokrat Arbeiterinteressen vertritt. Belanlich ist hier ein Sozialdemokrat...

Pefferkorn. „Die roten Blitze“ die Agitationsstruppe des kommunistischen...

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband: Dresden: Dienstag 20 Uhr Gruppenabend bei Graf, Weidenstraße 32. ...

barungen über das Geschlechtsleben der heranwachsenden Jugend sind...

Gewerkschafts-Haus-Sichtspiele. „Moskau, wie es meint und lacht.“ Ein Doppelereignis...

Wort-Palast. „Aphall“ zeigt das Leben der internationalen Hochkapitulation...



Republikhugarde genannt Reichsbanner - platte

A. R. Sie hatten wieder einmal einen „großen“ Tag, die „Frei-Deil“-Kameraden...

Schweidnitz

Emil Schöders Meister

Im „giltigen Kronenrade“, da ist ein Ding passiert, Freund Emil Schöder hatte Maibod den Herren penibriert...

Sorkarbeiter, laßt euch nicht einschüchtern!

A. R. Bei der Betriebsratswahl im Schweidnitzer Stadtwerk war ein Oberführer Herr ein Kandidat der Vorschlagsliste...

Niederschlesien

Görlitz

St die Hennesdorfer Baustelle ein Kasernenhof?

A. R. Die Stadt Görlitz hat in diesem Jahre wieder „Notstandarbeiten“ vergeben...

Am, wie wäre es, Herr Lüderer, wenn Sie den Arbeitern mit Hade und Schaufel zur Hand gingen...

Was bezweckt Herr Lüderer mit diesen Feststellungen? Erstens will er das Arbeitspensum erhöhen...

Ob er nun diese Lohnreduzierung im Interesse oder mit Einverständnis des höchsten Tischnamens vornimmt...

Ein ganz besonderer Stein des Anstoßes für Herrn Lüderer ist der Bundeslegierte E. Pehmann...

Lauban

Rauhe ist nicht der Mörder!

Der fleißige Willi Rauhe, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, den Ingenieur Franz Schöge auf Waldenburg...

Legau

Genosse Töpfer freigelassen

Der wegen Freiheitsverweigerung verurteilte Genosse Töpfer, Mitglied der rotgelben Partei...

am 2. Mai bei einer Arbeitergruppe und erklärte, daß die neu-eingestellten Arbeiter am 1. Juni zur Entlassung kommen...

Arbeitskollegen, laßt euch von dem Oberführer nicht einschüchtern. In den Betriebsrat gehören nur solche Kollegen...

Verächtigung. Der dritte von den am Sonnabend veröffentlichten Briefen des verstorbenen Direktors Thomas war mit dem 8. September 1928 und nicht mit dem 29. August datiert...

Jauer

Achtung auf eine Mühle. In der Nacht zum Donnerstag wurde vor der Mühle des Müllermeisters Haberstroch in Schlaup eine Sprengkapsel durch eine Zündschnur zur Explosion gebracht...

Von der Nebenstelle Landeshut

Standalöse Arbeitsvermittlung

A. R. Mit wie wenig Verständnis und sozialer Einsicht Vermittlungen vorgenommen werden, zeigen die Vorgänge der letzten Zeit. Ohne Rücksicht auf persönliche Eignung...

Einen besonders traurigen Fall aber leistete sich Fräulein Scholz in den letzten Tagen. Eine vierzigjährige Arbeiterin, welche schon vor Jahren infolge körperlicher Ungeeignetheit...

Landeshut

Neuer Ortsname. Der bisherige Amtsbezirk Kreppelhof im Kreise Landeshut führt fortan die Bezeichnung „Amtsbezirk Rothau“.

Bolkenhain

Nord

Am Himmelfahrtstage wurde die Gutsherrsfrau Ida Hönig aus Bürgsdorf ermordet. Da nichts geraubt wurde, steht über die Motive des Mordes nichts fest...

Die Ermordete war zwischen 5 bis 6 Uhr ihre Felder beschäftigen und um 6 Uhr zurück sein. Oberstaatsanwalt Giesberg und die Landestraindipolgestelle Mogenitz haben die Ermittlungen eingeleitet...

daß die Frau, deren körperlicher Zustand infolge der schwierigen Lage als Kurzarbeiterin und Unterstützungsempfängerin noch schlechter geworden ist, erneut ein ärztliches Attest beibringt...

Ein anderer Fall. Immer mehr mehren sich die Fälle, wo seitens der Vermittler wenig oder gar nicht auf tarifliche Bezahlung geachtet und dem Bestreben mancher Arbeitgeber...

Ein weiterer Fall, der allerdings schon Jahre zurückliegt, aber heute noch nicht als erledigt betrachtet werden kann, ist die Vermittlung an zahlungsunfähige bekannte Arbeitgeber...

Arbeitslose, mehrt euch, verlangt eure Rechte! Stellt euch geschlossen hinter die kommunistische Partei...

Berichterstatter der Arbeitermörderpartei gehörig in sein Knochengefäß gefahren sein, daß der Friedrichsplatz von Proletariern überfüllt war...

Aus dem Riesengebirge

Protestversammlung in Petersdorf. Am Donnerstagabend fand im „Deutschen Haus“ eine öffentliche Versammlung der SPD statt...

Erste Quittung der Malsammlung

Table with 2 columns: Donor name and amount in Mark. Includes entries for Breslau, Roter Frauen- und Mädchenbund, Internationaler Bund, etc.

Zusammen 50,60 Mars

Rundgebung gegen Arbeitermord und KZB-Verbot

Am vergangenen Mittwochabend organisierte die SPD-Ortsgruppe eine Kundgebung gegen den Berliner Arbeitermord und das KZB-Verbot...

Da die Kundgebung unerwartet kam, war das Bilbblatt der SPD nicht mehr in der Lage, ihre Verbummungsartikel loszulassen...

Advertisement for Fußquäler and Kukirool, featuring a cartoon character and descriptive text.

Kukirool-Verkaufsstellen:

- List of pharmacies and stores: Drogerie Breittkopf, Drogenhaus Glatzel, Rosenthaler Straße 24, etc.

Advertisement for Herren- und Damenwäsche, Hauskleider, Schürzen, etc., by C. A. Frenzel & Sohn.

Advertisement for Frisch Genus Spezialwein u. more by H. Falkmann, Petersdorf i. Rsgb.

Advertisement for Selma Klement, Empfehltes Herren- u. Damenwäsche, Blusen und Kleider.

Advertisement for Apotheke Petersdorf i. Rsgb., empfiehlt ihr erweitertes Lager in homöopathischen und biogenen Arzneimitteln.

Advertisement for Achtung! Am Dienstag, dem 14. Mai 1929 Großer Jahrmarkts-Tanz im Gasth. 'Stadt Breslau', Strehlen.

Advertisement for Korsetzhaus Elfriede Winter, Schweidnitz, Kupferschmiedes. 20, empfiehlt seine Spezial- Artikel in Korsetts, Bstenhalter, Leibbinden, Strumpfhalter, Gesundheitsbinden, Strümpfe usw.

Advertisement for Amtliche Bekanntmachung von Breslau, Fundschauversteigerung, Die Fundgegenstände aus der Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 31. März 1929 werden am Freitag, dem 17. Mai 1929, vorm. 9 Uhr in der früheren Omnibusshalle Lobestr. 74 meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Advertisement for Kelterer Mann sucht leeres Zimmer, Offert. mit Preis unt. 3 100 an die Exped. dieser Zeitung erbet.

Advertisement for Genossen! Werbt neue Leser!



# Oberschlesien

## Gleiwitz

### Die Polizei sucht nach Plafaten

Mittwoch früh erschienen Kriminalbeamte aus dem Parteibüro und suchten nach den von der Bezirksleitung Oberschlesien herausgegebenen Plafaten, die einen Aufruf an die ober-schlesischen Arbeiter enthalten. Der kapitalistische Staat scheint schon auf sehr schwachen Füßen zu stehen, wenn der Inhalt des Plafates eine Gefährdung für seine Existenz bedeuten soll. Für uns ist das jedenfalls ein Zeichen, daß der Aufruf mit dazu beitrug, die Arbeiter von der schändlichen Rolle der Sozialdemokratie zu überzeugen.

### Kindesleiche im Klobnikanal

Am Himmelfahrtstage wurde aus dem Klobnikanal eine Kindesleiche gezogen. Die Fundstelle liegt nördlich der Schleufe bei der Heilige-Mühle. An der Leiche des neugeborenen Kindes befand sich noch ein Stück Nabelschnur. Die rechte Kopfseite wies eine Stich- oder Schlagwunde auf. Die Leiche wurde etwa drei Tage im Wasser gelegen haben und wurde in die Leichenhalle des Polizeipräsidiums geschafft.

## Hindenburg

### Schon wieder tödlicher Unglücksfall

Auf der Beuthener Straße, am Eingang nach Wischütz, wurde vorige Woche der siebenjährige Schüler Laska aus Wischütz durch einen vierstündigen Personentransport überfahren. Er war sofort tot. Das ist in letzter Zeit an dieser Stelle der dritte Unfall, davon der zweite mit tödlichem Ausgang. Eine Verkehrsregelung wäre hier längst zu treffen, um den wie wild tosenden Autos das Tempo zu hemmen. Jedoch die Polizei hat andere Sorgen. Sie muß die „staatsgefährlichen“ Unformen, Schwärmen und die Kleberplakate der roten Frontkämpfer suchen. Da bleibt allerdings keine Zeit mehr, um dafür zu sorgen, daß Proletariatskinder nicht über den Haufen gefahren werden.

## Beuthen

### Abfuhr der „Schriften“

Die Freidenker veranstalteten in Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg öffentliche Versammlungen, in denen der ehemalige Professor der Theologie und Pfarrrer Kreuz, Wien, über Religion und Kirchensprache. Der Ausbau der Klassenbewußtsein Proletariat zu den öffentlichen Versammlungen war ein gewaltiger, und alle Vorträge waren überaus erfolgreich. Genosse Kreuz verstand es meisterhaft, in fesselnden Vorträgen das einschneidende Wesen und die kapitalistische Einstellung dieser alleinseligmachenden Kirche zu illustrieren. In Gleiwitz verfuhrte der vom Zentrum bezogene Disziplinär, Richteramt und Stadtverordnetenvorsitzer von Gottes Gnaden, Raffanke, die Ausführungen des Redners zu widerlegen. Von eminentem Proletariatsgenossen erhielt dieser gottbegnadete Herr in der Diskussion gleich eine gehörige Abfuhr, so daß er vorzag, unter dem Hohngelächter der Versammlung aus dem Saale zu verschwinden. Es war für den Referenten ein Leichtes, im Schlußwort unter dem Beifall der Versammlung die Forderungen dieses gottbegnadeten Rechtsanwalts zu widerlegen. In Hindenburg wiederholte sich dasselbe Schauspiel mit dem Unterschiede, daß man hier keinen Rechtsanwalt zur Verfügung hatte und sich daher mit einem gewöhnlicheren Himmelsstürmer begnügen mußte. Dieser von der Gnade Gottes erleuchtete Herr zog es ebenfalls vor, nach seiner abgeleiteten Tiraden unter dem Hohngelächter der Versammlung zu verschwinden.

## Mieschowitz

### Wähnung! Zeugen gesucht!

Bei der am Donnerstagabend stattgefundenen Demonstration wurde ein Arbeiterkind von dem nicht vorchristlichmützig fahrenden (zu wenig Abstand) und nicht richtig abgeblendeten Polizeiauto angefahren. Damit der Vater des Kindes Ersatzansprüche an die Polizei geltend machen kann, ersuchen wir Zeugen, ihre genaue Adresse der Geschäftsstelle der Internationalen Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Mieschowitz, Ruhnastraße 10, umgehend mitzuteilen.

## Blühende Rundgebungen der Partei in Miłkusch und Mieschowitz

Was sich bei allen Rundgebungen, die die Partei in den letzten Tagen veranstaltete, gezeigt hat, war auch in Miłkusch und Miłkusch der Fall. Die von der kommunistischen Partei einberufenen Protestkundgebungen gegen das Berliner Blutbad und das Verbot des NFD waren außerordentlich gut besucht. Die Arbeiterschaft hat durch die starke Teilnahme und überall durch zustimmende Zurufe bewiesen, daß sie ebenfalls alles daransetzt, um die kommunistische Partei zu verteidigen und mit ihr gemeinsam den Kampf gegen das kapitalistische System zu führen. Die Demonstrationsumzüge, die in beiden Orten stattfanden, waren bedeutend stärker, als dies in den letzten Jahren auch nur einmal der Fall gewesen wäre. Die Arbeiterschaft von Miłkusch und Mieschowitz hat bewiesen, daß sie treu zur kommunistischen Partei steht und daß diese Orte rote Orte bleiben.

## Kreuzburg

### Guckfimmel der Polizei

Die Kriminalisten sind hier gegen die rote Front immer noch auf den Beinen. Sie suchen unermüdet und können doch nichts finden. Am Freitag kamen sie wieder in die Wohnung eines Genossen und durchsuchten die ganze Wohnung. Auf die Frage, was sie wollten, meinten sie: Flugblätter. Kleberplakate zogen sie ab. Nur fürs nächste Mal wird's besser.

### Unglücksfall

Sonabend, den 11. Mai, gegen 23 Uhr verunglückte am hiesigen Bahnhof der Arbeiter Krzol. Er war im Begriff, die Schließlichter eines Zuges abzunehmen, glitt dabei aus und brach sich das Bein. Man legte den Arbeiter beiseite und ließ ihn liegen. Jetzt mußte erst ein Arbeiter zum Arzt laufen und Weinchen holen. Zum Tragen mußten Arbeiter erst gesucht werden, weil keine da waren. Diese Sumperel mit einem Arbeiter zeigt, daß die Ruwo gut gewirkt hat.

## Guttentag

### Raubüberfall

In Drindome überfielen bewaffnete Vandalen das einsam liegende Haus des Landwirts Schelbel. Während der Landwirt mit Wistolen in Schach gehalten wurde, durchsuchten die Räuber das Haus. Sie fanden jedoch nur 11 Mark Bargeld und verschwand unter Mitnahme eines Fahrrades.

## Neustadt

### Kriminalpolizei auf der „Höhe“

Mit bewundernswürdiger Intensität ist die hiesige Kriminalpolizei, der zehn „Mäße“ Beamte aus Gleiwitz beihilflich sind, dabei, die Wohnungen von NFD-Kameraden und Parteigenossen durchsucht zu werden. Aber trotz dem größten Fleiß ist es ihnen bis jetzt noch nicht vergönnt gewesen, außer einem Instrument etwas zu ergattern. Jetzt wird versucht, durch Ausfragen der Schulkinder in der Schule, durch käufliche Schnapsbuhette, durch Versprechung von Belohnungen etwas zu erreichen. Aber es wird ihnen bei allem „Schaf“ kaum gelingen.

## Friedland

### Der arbeiterfeindliche Magistrat

Der neugebaute Bürgermeister hat schon bewiesen, wer Weistes Kind er ist. Der Magistrat ist unter seiner Leitung arbeiterfeindlicher denn je. Als zu Ostern mehr als 50 Erwerbslose und andere Arme Anträge an den Kreisausschuß zwecks einer Beihilfe richteten, hatte der Magistrat die Bedürftigkeit der Antragsteller zu prüfen. Das Ergebnis war, daß 90 Prozent der gleichmäßig sehr Bedürftigen abgelehnt wurden. Der Magistrat machte das deshalb, weil er ein Drittel zu den Beihilfen hatte beisteuern müssen. Gegen die Abhaltung eines proletarischen Theaterabends verfuhrte der Magistrat alle Möglichkeiten der Sabotage. Es hat aber nicht viel gemützt. Zur Abstellung der ungeheuren Wohnungsnot macht dagegen der Magistrat nichts. Es sind ja meistens Arbeiter, die zusammen-

## Ausbau der Klassenjustiz

Der heute in Grottkau tagende Provinziallandtag hat u. a. eine Vorlage für Errichtung eines eigenen Oberlandesgerichts in Oberschlesien. Dazu wird die bestehende Begründung gegeben, daß das Oberlandesgericht in Breslau mit Arbeit überlastet wird und dort das Gebäude erweitert werden muß. In Beuthen ist aber ein Gebäude für die Klassenjustiz schon bereitgestellt und da soll ein eigener Laden aufgemacht werden.

Unserer Ansicht nach kommt es hierbei nicht so sehr auf eine Entlastung des Oberlandesgerichts Breslau an, sondern um die Schaffung neuer Futtertrüben in Oberschlesien. Darum geht es dem Zentrum und Scheinbar auch der SPD, die ja in Oberschlesien ein harmonisches Geschäft mit den Schwarzgen in bezug auf Futtertrüben betreibt.

gepfercht in elenden Wohnungen hausen müssen. Für die Bourgeoisie oder höhere Beamte, da sorgt wieder der Magistrat. Bertilänge, nicht aus diesem wenigen hier angeführten die Lehre. Kämpft mit den Kommunisten gegen dieses System.

## Oppeln

### 15 Parteiaufnahmen an einem Abend

Am Freitagabend wurde im Schützenhause ein Bericht über die Bestattung der Berliner Mafafete gegeben. Für die Delegation, die hier gewählt war, gab derselben Kollege Julius. Die Oppelner Arbeiterschaft, die den Saal dicht füllte, zeigte wiederum ihre Anteilnahme mit den Berliner Arbeitern und gelobte, mit der SPD zu kämpfen gegen dieses Märkerregime. Nach der Berichtserstattung kamen sofort 15 Arbeiter in der Partei aufzunehmen. Weiter, macht es alle und überall so!

### Nach 24 stündiger Arbeitszeit verunglückt

Gestern früh fuhr der Chauffeur des deutschnationalen Maurermeisters Jurk mit dem Auto bei der Handwerkskammer in die Mauer. Er wurde dadurch gegen das Steuergerüst gedrückt und trug erhebliche Verletzungen davon. — Der Chauffeur, der von seinem Unternehmer als besonders tüchtig und zuverlässig bezeichnet wird, ist das Opfer allzulanger Arbeitszeit geworden. Von Sonnabend früh bis Sonntag früh mußte er dauernd fahren. Die ganze Nacht hindurch mußte er besoffene Hochzeitsgäste von dem deutschnationalen Stadtrat Kaiser abtransportieren. Nur das Unglück, das infolge seiner Übermüdung eintrat, machte erst seiner Arbeitszeit ein Ende. Hier wird sich wohl ein Richter finden, um den Herrn Jurk für diese bis zum Unglück führende Ausbeutung zur Verantwortung zu ziehen.

### Leichenfund an der Oder

Am Sonnabendmorgen wurde am Oderufer, am Lager der Firma Heidenreich, ein etwa 50jähriger Mann als Leiche aufgefunden. Er ist offenbar einem Herzschlag erlegen. Die Leiche des Unbekannten wurde nach der Friedhofshalle gebracht.

### Gemeindevertreterführung in Sosnowitz

Die letzte Sitzung der Gemeindevertreter war wieder eine Dauer-sitzung. Von den Anträgen, die zur Beratung standen, wurden zwar einige durch die Bewilligungsmaschine schnell erledigt. Ferner wurde der Vergleichsvorschlag (Don) abgelehnt. Ebenso wurde noch scharfer Auseinandersetzung zwischen den Bürgerlichen und Kommunisten einigen Anträgen betreffs Steuerherabsetzung für Kleinwohnungen stattgegeben. Auch der Schulrat wurde einer scharfen Kritik durch den Genossen Mundzil unterzogen. Allerdings die Mehrheit der Gemeindevertretung findet alles in Ordnung. Nach den nächsten Anfragen und Auskünften wurde die Sitzung gegen 24 Uhr geschlossen.

### Ein Staubeden bei Krappitz

Im Einberufenen mit der Provinzialverwaltung in Ratibor und Oberstrombauverwaltung werden Untersuchungen über ein Staubeden bei Krappitz angestellt. Die Vermessungen sollen in den nächsten Tagen begonnen werden. In Frage kommen die Ortschaften Zywodzki, Zugella und Straduna.

# BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

## Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Kudo Skabi, Lb

Sie war freudig überrascht, als sie, in das Zimmer zurückkehrend, sich von ihrem schweigenden Patienten beim Namen gerufen hörte. „Nun, Genosse, geht es schon besser?“ Freundlich lächelnd ließ sie sich an seinem Lager auf der Fußbank nieder. Der Verwundete griff nach ihrer Hand. „Sind Sie denn immer so zu den Kostiken?“

Mary strich ihm sanft das Haar aus der Stirn. „Sprich nicht so häßlich, Genosse! Das war kein Kostik, sondern ein Hülfler, der eine Reichswehruniform anhatte. Aber das ist doch ganz gleich. Wir wissen zwar, daß die da drüben mit gefangenen Arbeitern anders umgehen. Maßlose Verheerung erleidet sie zu allerhand Grausamkeiten, das hast du ja wohl selber erfahren. Aber wir, Genosse, dürfen deshalb nicht Gleiches mit Gleichem vergelten.“

„Um Gottes Willen, was ist dir, Genosse, — nicht aufregen! Denk doch an deinen Bauchschuß,“ rief Mary erschrocken, denn der Körper des Verwundeten lag und zitterte wie unter elektrischen Schlägen. „Morphium wird ihn beruhigen,“ dachte sie, und stürzte aus dem Zimmer.

„Mir kann kein Arzt mehr helfen, Schwester Mary, ich habe nur noch kurze Zeit zu leben, lassen Sie mich nicht allein, bleiben Sie bei mir,“ bettelte er mit schwacher Stimme.

und ich gab mir selber die größte Mühe, aber er ging doch nach der anderen Seite... und das war sein Bild! Als man es mir befehl, ging ich stehenden Fußes von meiner schwerkranken Mutter dorthin, wo man mich haben wollte, — um mich ermahnen zu können! Ich weiß nicht, wie es kam, daß man mich plötzlich für einen Verräter hielt. Nur wenige Stunden war ich da drüben, aber was ich sah, hörte und erlebte, war nur Gemeinheit und Brutalität. Die Gefangenen werden laßblütig „auf der Flucht“ erschossen. Mich aber schickte man an die Front. Neulichs wurde ich niedergebaggelt, gefesselt und geknebelt! Ohne Verhör und Verteidigung haben sie mich an einen Baum, damit ihr selbst mich totschießen könnt. Eure Kugel hat nur zu gut getroffen, sie haben es erreicht... Meine arme Mutter...“

Der Sterbende schweigend erschöpft einige Minuten, ohne seine Hände von denen der Schwester zu lösen. Dann fuhr er fort: „Ich war aber kein Verräter, nein, bei Gott, das war ich nicht! Aber jede Stunde reut mich, die ich den anderen da drüben gepfercht habe. Es war ein großer Irrtum, den ich mit dem Tode büßen muß. Jetzt merke ich erst, wie ich getäuscht wurde, ich, und mit mir so viele andere, die auch noch an diese alten Sitten glauben. Sie, Schwester Mary, haben mich selbst gemacht! Für mich ist es zu spät, noch umzuertnen und gutzumachen. Ich verstehe Euch nicht, aber ich fühle es, Ihr müßt für eine große, heilige, gute und gerechte Sache kämpfen, sonst könntet Ihr nicht so edel sein. Grüßen Sie... den Genossen Sutow. Und wenn Sie meinen Eltern schreiben, dann lassen Sie mich... später erst... haben Sie vielen, vielen Dank, liebe, liebe Genosse... Sutow soll... Verräter war ich nicht... Feiertabend!“

Er stieg das letzte Wort aus wie ein Handwerker, der mit schwerer Arbeit sein Werkzeug hinlegt, streckte sich in seiner ganzen Länge, — und war tot.



